

## **Die Modernisierung des Sekundarunterrichts**

Im heutigen System wird zu früh – schon ab 12 Jahren – „differenziert“. Dabei werden die Schüler gemäß ihren akademischen Fähigkeiten in verschiedene Gruppen aufgeteilt. Zudem wirken Eltern und Lehrer sehr stark auf die Orientierung der Schüler ein, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht reif genug sind, die Studienmöglichkeiten zu sondieren.

Aufgrund dieser Einflussnahme gibt es zu wenig Technikstudenten, zudem zeigt sich eine soziale Verzerrung: Vor allem Schüler aus privilegierten Familien folgen einem allgemeinbildenden Unterricht. Außerdem erleben viele Schüler aufgrund ihrer fremdbestimmten Studienwahl in der späteren Schullaufbahn Frustration und Demotivation.

Wenn Schüler aufgrund ihrer antizipierten Fähigkeiten bestimmten Schulen oder Unterrichtsformen zugeführt werden, kommt es zu einer akademischen Segregation, d. h. einer Entmischung. Folglich werden die besseren und die schlechteren Schüler voneinander abgegrenzt und es entwickeln sich Ressentiments zwischen diesen beiden Gruppen.

All dies wirkt sich negativ auf die Lernmotivation aus.

### Ursprüngliches Modernisierungsvorhaben

Die angedachte Modernisierung des Sekundarschulunterrichts hat zwei Ziele: Zum einen will man dem derzeitigen Wasserfallsystem entgegentreten. Dabei startet man im allgemeinbildenden Unterricht, und wenn dies nicht funktioniert, „rutscht“ man in den technischen oder beruflichen Unterricht ab. Zum anderen soll die Durchlässigkeit von der Praxisorientierung hin zu einer allgemeineren Orientierung erhöht werden.

Um dies zu erreichen, sollte ursprünglich ein einheitliches Curriculum für die gesamte erste Stufe des Sekundarunterrichts eingeführt werden mit technisch-praktischen und allgemeinen Kursen. Dazu sollten die Studienrichtungen in sogenannte Interessensbereiche gruppiert werden.

Der Interessensbereich „Technik und Wissenschaft“ würde dann beispielsweise Studienrichtungen beinhalten, die heute im allgemeinbildenden, im beruflichen oder im technischen Unterricht angesiedelt seien. Auf diese Weise könnten die Schüler ihre Studienwahl rein von ihren Interessen abhängig machen und hätten dann im Laufe des Sekundarschulunterrichts die Möglichkeit, sich innerhalb des gewählten Interessensbereichs für einen theoretischen oder einen praxisorientierten Unterricht zu entscheiden.

Eine Analyse der Pisa-Ergebnisse hat gezeigt, dass es Unterrichtssysteme gibt mit nur geringen sozial bestimmten Leistungsunterschieden zwischen den Schülern, während das durchschnittliche Leistungsniveau sehr hoch ist. Dies ist vor allem in Ländern mit später Differenzierung der Fall, unter anderem, weil sich schwächere Schüler an stärkeren orientieren.

Ein Sekundarunterricht mit breiterer Grundausbildung ist daher gerechter und leistungstärker.

### Gesinnungswandel der Regierung

Nachdem ein Bericht des Rechnungshofs aus dem Jahr 2014 sowie ein weiterer Bericht der *Agentschap voor Kwaliteitszorg in Onderwijs en Vorming* (AKOV) von 2015 zu dem Schluss gekommen sind, dass viele Studienrichtungen nur unzureichende Perspektiven auf einen dauerhaften Arbeitsplatz bieten, scheint die Regierung nicht mehr die Idee zu

unterstützen, die Studienorientierung bis zuletzt zu ermöglichen und so Optionen offen zu halten (späte Differenzierung). Damit ist die angedachte Modernisierung ins Stocken geraten.

Dabei scheinen die beiden Berichte die falschen Schlüsse zu ziehen. Hybride Studienrichtungen, die sowohl auf ein Weiterstudium als auch auf den Arbeitsmarkt abzielen, funktionieren derzeit zwar tatsächlich nicht gut. Dies liegt aber gerade daran, dass keine breite erste Stufe für alle Schüler existiert. Eine Überarbeitung des aktuellen Curriculums ist aus diesem Grund dringend notwendig.

Leider scheinen die derzeit geplanten Maßnahmen vor allem ökonomische Hintergründe zu haben (Übergang Unterricht – Arbeitsmarkt), während die sozialen Aspekte der Modernisierung Gefahr laufen, zu kurz zu kommen.

### **Das M-Dekret**

Mit dem Dekret über Maßnahmen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, dem sogenannten M-Dekret, sollen Schüler dabei unterstützt werden, möglichst lange dem normalen Unterricht zu folgen.

#### Derzeitige Situation

Hintergrund ist die Feststellung, dass seit den 1990er Jahren immer mehr Schüler dem Förderunterricht zugeführt werden. Darunter befinden sich immer häufiger solche mit sozialen oder sprachlichen Problemen, d. h. Migrationsschüler oder Schüler aus sozial benachteiligten Familien. Diese Schüler weisen oft lediglich leichte geistige Beeinträchtigungen, Verhaltensprobleme oder Lernstörungen (z. B. Dyslexie) auf. Zudem ist der Prozentsatz bei Jungen doppelt so hoch wie bei Mädchen, was eher mit Verhaltensauffälligkeiten zu tun hat und weniger mit einer etwaigen Behinderung.

Dieser „Trend“ kann damit zusammenhängen, dass man sich bemüht, Probleme immer früher zu erkennen. Dies führt dann aber auch dazu, dass immer schneller Diagnosen gestellt werden. Da die Lehrkräfte sich mit dem Umgang solcher Diagnosen überfordert fühlen, werden die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf fast alle an die Förderschulen verwiesen. Die gute Versorgung der Schüler in den Förderschulen führt auch dazu, dass viele Eltern eher für den Förderunterricht optieren.

Problematisch ist aber, dass es kaum möglich ist, von der Förderschule wieder den Weg zurück zur Regelschule zu finden. Die Schülerlaufbahn ist damit vorgezeichnet.

Die kanadische Provinz New Brunswick zeigt, dass es auch anders geht. Dort befinden sich alle Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen. Sie haben damit eine viel höhere Chance, eine Hochschule zu besuchen oder Arbeit zu finden. Dieses Modell findet übrigens auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Anwendung.

#### Ziel des M-Dekrets

An die Stelle des oben beschriebenen „Verweisungsmodells“ hin zur Förderschule möchte man ein „Betreuungsmodell“ in der Regelschule setzen.

So kann ein Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf seit 2014 nicht mehr einfach an die Förderschule verwiesen werden, nur weil eine Regelschule sich nicht ausreichend vorbereitet fühlt. Das sogenannte Zentrum für Schülerbetreuung muss die Regelschule und die Eltern entsprechend unterstützen und aufklären. Soziale Probleme beispielsweise sollen künftig eher als Argument gegen eine Verweisung herangezogen werden. Erst nach Ausschöpfung aller Alternativen wird der Zugang zur Förderschule möglich.

Die Förderschule fängt dabei nicht nur Schüler permanent auf, sondern entsendet auch Lehrer zur Unterstützung von Schülern mit leichter geistiger Beeinträchtigung in die Regelschule (für den inklusiven Unterricht).

### Gelingensbedingungen

Es wurden verschiedene Faktoren genannt, die zum Gelingen der Inklusion beitragen:

- Stärkung des Rechts der Schüler auf eine individualisierte Unterstützung in der Regelschule,
- Befähigung der Lehrer durch Weiterbildungen,
- Bessere Zusammenarbeit von Förder- und Regelschule,
- Sensibilisierung von Lehrern und Eltern.